

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 38

Köln, den 19. September 1930

31. Jahrg.

Mensch und Maschine.

Unser Zeitalter wird in der Geschichte einmal das Zeitalter der Maschine genannt werden, und zwar mit der bitteren Untererklärung „Zeit der Herrschaft der Maschine über den Menschen“. Die gesamte Menschheit ist Sklave der Maschine geworden, und gegenwärtig befinden wir uns, furchtbar erkennend, in dem Stadium, wo es um Tod und Leben geht.

Etwa hundert Jahre ist es her, daß die Maschine bescheiden in das Kulturleben des Menschen eintrat. Mit der Dampfmaschine wird die moderne Maschine geboren, mit der Ausnutzung der Elektrizität erweitert sich unheimlich schnell ihre Macht. Mit Bangen sahen von jeher scharfblickende Männer die Gefahr, daß die umjebelte Dienerin Maschine gegen die Herrschaft der Menschenkultur aufbegehrt. Längst vor dem Kriege hatte der Kampf zwischen Menschenkultur und Maschine, die ganz in kulturellen Dienst gestellt werden sollte, angefangen. Da kam der Weltbrand mit seiner Zerstörung in unermeßlichen Ausmaßen. Nach seiner Beendigung ging man fieberhaft an den Wiederaufbau. Nach der Maschine rief alles um Hilfe, sie sollte Menschenkraft verhundertfachen, vertausendfachen. Immer neue Maschinen wurden herbeigerufen, es wurde gewerkt und geschafft, rationalisiert und fabriziert, und plötzlich — war man von der Maschine überwältigt. Kein Mensch hatte in dem allgemeinen Schaffensrausch mehr an den Kampf zwischen Kultur und Maschine um die endgültige Herrschaft gedacht, und da war der Zusammenbruch da.

Was ist die Bestimmung der Maschine ihrem Wesen nach? Sie soll dem Menschen dienen, indem sie eine Erhöhung der Lebensführung bringt, zuerst der äußeren Lebensbedingungen, daraus sich entwickelnd auch die Bereicherung und Verschönerung des eigentlichen Lebens, des inneren, des geistigen, des kulturellen. Die Maschine nimmt dem Menschen Arbeit ab, vertausendfach seiner Hände Werk, bringt neue Möglichkeiten ans Licht. Der Mensch, der die Maschine zur Verfügung hat, müßte der äußeren Lebensgüter in viel leichterem und reicheren Maße teilhaftig werden als früher. Trotz dieses stärkeren Anteiles braucht er weniger zu arbeiten, er gewinnt, je mehr Maschinen er in seinen Dienst nimmt, um so mehr freie Zeit für bildende und lebenverschönernde, kurz kulturelle Tätigkeit. Die Maschine sollte Führer zu Lebensfreude und Lebensglück sein.

So sollte es sein. Aber wie sieht es nun aus, da Millionen Maschinen in der Menschenwelt ihre lärmende Arbeit tun? Die wirtschaftliche Krise durchbebt die gesamte Welt. In Deutschland steigt die Ziffer der Arbeitslosen und damit menschliches Elend — nicht nur finanzielles — in graulige Ausmaße. Deutschland ist als Land der Kriegsbefiegten natürlich am schlimmsten betroffen. Aber auch die wirtschaftlichen Grundpfeiler des englischen Imperiums erbeben, Amerika, das sprichwörtliche Land des Reichtums und der unbegrenzten Möglichkeiten, das Land immerwährender wirtschaftlicher „prosperity“ erlebt eine Erschütterung nach der anderen und ist dabei, sich hinter schützenden Zollmauern auf sich selbst zu besinnen. Und gar bis nach Frankreich hinein, das vor kurzem noch als einziges Land auf der Erde über Mangel an Arbeitskräften klagte und viele fremde Hände herbeirief, selbst bis in dieses Frankreich hinein ist das zitternde unterirdische Grollen des wirtschaftlichen Weltbebens gedungen, und man zerbricht sich schon den Kopf, wie man der bestimmt kommenden Welle nationaler Arbeitslosigkeit begegnen wolle. Überall steigen täglich Not und Elend, Millionen Flüche werden gegen die Maschine ausgestoßen. Die Maschine ist dabei, die

Kulturwelt des Menschen zu vernichten, es geht um Tod und Leben.

Das ist das wahre Gesicht der heutigen Weltkrise. Wäre der Weltkrieg nicht gekommen, die Menschheit wäre im steten Ringen mit der Maschine sicher dem Erfolge bedeutend näher. Nur in diesem Zusammenhange darf man Weltbrand und Weltwirtschaftskrise nennen, nicht in dem so oft angeführten, daß sie in der Vernichtung von Milliardenwerten ihre Ursache habe. Lebensgüter sind auf der Welt für viel mehr Menschen vorhanden, als existieren, unsere Maschinen produzieren, als hätte die Welt doppelte Bevölkerung. Was der Mensch zum Leben braucht, ist massenhaft und im Überfluß auf der Erde irgendwo vorhanden. Unheimliche Riesenmächte stellen sich überall zwischen Gütern und Menschen, letzten Endes begründet in der Niederlage des Menschen im Kampfe gegen sein Geschöpf, die Maschine.

Der Weg zur Rettung muß seinen Ausgang in der klaren Erkenntnis der Lage und ihrer Ursachen nehmen.

Die Wirkkraft der Maschine ist in ihrer ungeheuren Intensität immer eine internationale. Zwingt der Mensch sie in seine Landesgrenzen, dann muß sie naturnotwendig wüste Verheerungen anrichten. Ihre Produktionskräfte, auf bestimmte Gebiete gerichtet, werden immer auf übernationalen Bedarf abgestellt sein, denn nur in voller Ausnutzung hat sie Sinn. Auf ein bestimmtes Land begrenzt, erzeugt sie Überproduktion, während die erwünschten und notwendigen Austauschmittel fehlen. Die Wirtschaft kommt so in Unordnung. Der Kampf gegen die Herrschaft der Maschine muß deshalb naturnotwendig ein internationales Ringen der gesammelten Menschheit sein. Nur so hat er Aussicht auf Erfolg. Die Maschinenkraft muß sich in weitem Felde auslaufen können. Praktisch gesprochen heißt das, daß die bestehenden Zollmauern weitgehend niedergelegt werden müssen. Kostet das zunächst auch manches Opfer, es wird sich in der Folgezeit verzinsen. Heute gleicht die Erde, besonders Europa, einem See, der durch viele unsinnige Mauern in zahlreiche Staubecken mit verschieden hohem Wasserspiegel geteilt ist. Wer kann und will darauf Schiffahrt treiben?

Menschheitsgemeinschaft ist auch nötig für eine zweite Etappe im Kampf um die Herrschaft der Maschine. Man mache sich die wesentliche Bestimmung der Maschine zur Erhöhung der Lebensführung des Menschen — wie oben ausgeführt — klar. Eine bestimmte Summe von Gütern für die Menschen muß erzeugt werden. Ist sie erreicht, dann ist damit für alle Glieder der Menschheit sinngemäß die Möglichkeit des würdigen Lebens gegeben. Das Geld spielt ja nur die Mittlerrolle. Es gilt nun, an dem notwendigen Arbeitsprozeß alle Menschen zu beteiligen, damit sie alle die Mittel zum würdigen Leben in die Hand bekommen. Wird durch die Maschinen immer weniger Menschenarbeit nötig, dann muß eben dadurch die Arbeitszeit entsprechend verringert werden, ohne daß deshalb das Entgelt fällt, da ja die Höhe der notwendigen Produktion erreicht ist. Vielleicht wären bei der Unmenge und Güte der heutigen Maschinen nur noch vier oder fünf Stunden Arbeitszeit allgemein nötig, — wenn die Menschheit einig wäre. Den Berufen, die verhältnismäßig noch mehr menschliche Arbeitskräfte verlangen, könnten dann im Ausgleich entsprechende Kräfte zugeführt werden. Heute produziert die deutsche Industrie mehr als vor dem Kriege, und doch haben wir die gewaltige Arbeitslosigkeit. Und wir arbeiten nicht mehr zehn und zwölf, sondern nur noch acht Stunden. Einen Riesenteil der Leistung hat eben die Maschine übernommen und dafür das Elend gebracht.

Hier ist die Einheitsfront der Menschheit nötig, anders ist eine Lösung gar nicht denkbar. Wollte der einzelne oder das einzelne Land auf Grund obiger Überlegungen die Arbeitszeit bei gleichem Lohn weitgehend verkürzen, dann würde er wohl sehr schnell ausgepumpt daliegen. Die Maschine wirkt oben international, kann auch nur so ihrem Wesen nach bezwungen werden.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Gefahr der inneren Umwandlung des Menschen, die durch die Maschine eingetreten ist. Über die Maschi- nisierung des Menschen, der das innere Verhältnis zu seiner Tätig- keit und die Freude daran verloren hat, ist schon viel geschrieben worden. Auf die Ursachen brauche ich hier nicht einzugehen. Was würde nun aus diesen Menschen werden, wenn sie eines Tages in innerer Leere und ohne hochziehende Ideale vor so viel Freizeit ge- stellt werden? Würde daraus Kulturleben werden, oder würde die Freizeit in zerstörenden Müßiggang ausarten, der anfinge, wenn man dem verhaßten Dienst der Maschine entflohen ist? Aus diesen

Betrachtungen ergibt sich die ungeheure Notwendigkeit der Weckung des Kultur- und Bildungswillens in der Arbeiterschaft, der Setzung würdigerer und wirklich erstrebenswerter Ziele, der Führung zur Arbeitsfreude und zum Verständnis für die Maschine und ihre leben- digen Kräfte. Alle verantwortungsbewußte Arbeiterführung, beson- ders in der Gewerkschaft, wird in Zukunft immer stärker kulturelle und geistige Anstöße und Anregungen, geradezu Bildungsarbeit geben müssen.

Denn kommen wird diese Zeit, da einmal der Mensch die Maschine wieder vollständig zu seiner und seines Lebens ergebenden Dienerin gemacht hat, und das in nicht allzu ferner Zeit, — oder es wäre mit aller menschlichen Kultur vorbei. Gegenwärtig leben wir in der Krise auf Tod und Leben. Möge spätere Geschichtschreibung dem Kapitel über das Zeitalter der Maschine einen zweiten Abschnitt hin- zufügen können, „Sieg des Menschen über die Maschinengefahr“.

Preise und Löhne.

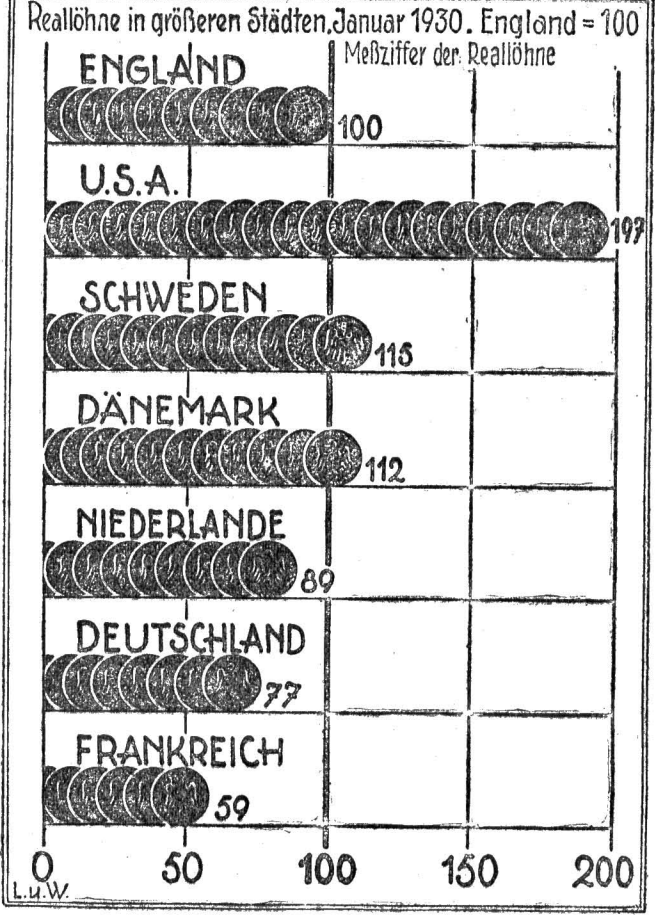
Don Professor Dr. Friedrich Dessauer.*

Die Diskussion über die Wirt- schaftskrise faßt der ganzen Welt hat wenigstens an einer Stelle Einigkeit ergeben, darin nämlich, daß Wieder- herstellung und Erhöhung des Umsatz- volumens durch Senkung der Detail- preise der entscheidende Ausweg ist. Dies liegt auch auf der Hand. Ist der Produktionsapparat der Welt an landwirtschaftlichen und industriellen Grundgütern dermaßen gesteigert, daß er bei gleichem Einfluß menschlicher Arbeitskraft mindestens 20 v. H. mehr Ertrag, wie noch vor wenigen Jahren, zur Verfügung stellt, so bedeutet un- weigerlich die Aufnahme nur des früheren Güterquantums eine schlechte Ausnutzung dieses Produktionsap- parates und damit Arbeitslosigkeit in gefährlichem Umfange.

Aus dieser gemeinschaftlichen Er- kenntnis, daß nur die annähernde Ausnutzung des rationalisierten und verstärkten Produktionsapparates durch vermehrte Aufnahme der von ihm gestellten Güter das entscheidene Heilmittel der Krise sei, werden nun zwei Schlüsse gezogen, auch wiederum von nahezu allen Stimmen, aber mit sehr unterschiedlicher Betonung. Ein Teil der Stimmen sieht das souveräne Mittel, das Umsatzvolumen zu stei- gern, darin, daß man die Löhne senkt, um so allgemein die Wettbewerbs- fähigkeit zu steigern, die Preise und insbesondere die Konsumentenpreise zu reduzieren. Der dabei manchmal auftauchende Nebengedanke, durch Lohnsenkung nicht so sehr Preissen- kung als Vermehrung des Investitionskapitals (durch verstärkten Gewinn) zu erhalten, rückt in die zweite Linie. Denn Investitionen sind in den letzten Jahren in sehr großem Umfang gemacht worden und die Sorge steht uns vorläufig näher, die schon vollzogenen Investitionen durch volle Beschäftigung nutzbar zu machen, als zu ihrem partiellen Leerlauf noch neue in wesentlichem Umfang hinzu- zufügen. Die aus der gegenwärtigen Lage legitimer Weise gezogene Konsequenz geht auf eine Lohnsenkung, die sich in Preissenkung auswirken soll.

Andere Autoren ziehen die Konsequenz, unmittelbar die Preis- bildung, insbesondere der letzten Hand, aber auch die der gebundenen Grundstoff- und Halbzeuge anzufassen und dabei den Lohn nach Mög- lichkeit zu schonen. Ihre Ansicht geht dahin, daß ein Preisabbau unter weitgehender Aufrechterhaltung der nominalen Löhne möglich sei. Sie verweisen auf die Steigerung der Preisspanne zwischen

Niedrige deutsche Reallöhne



Produzenten- und Konsumentenpreis; sie verweisen auf die große erleich- terung, welche die Zinsreduktion in den letzten Wochen gehabt hat; sie ver- weisen darauf, daß die erhöhten sozi- alen und Steuerlasten, die immer wieder zur Begründung der erhöhten Preisspanne angeführt werden, sich ja auch im Agrar- und Industrie- Grundstoffgebiet geltend machen, wo trotz dieser erhöhten Lasten durch Ra- tionalisierung ein starker Preisabbau erreicht werden konnte. Sie verweisen endlich darauf, daß eine umfangreiche Senkung der nominalen Löhne zu- nächst jedenfalls eine Schwächung des inneren Marktes herbeiführen müsse. Hinsichtlich dieses letzten Zusammen- hangs wird ja oft bemerkt, daß die Theorie von der Stärkung des inne- ren Marktes durch hohes Lohnniveau veraltet und als irrig dargetan sei. In Wirklichkeit ist aber eine be- gründete Widerlegung dieser Ansicht von dem Zusammenhang des Lohnni- veaus mit der inneren Kaufkraft an keiner Stelle erfolgt. Lohnsenkungen sind eine mechanische, für den ober- flächlichen Betrachter sehr nahelie- gende, sozusagen simple Methode. Auch bei ernstern Autoren findet man eine Argumentierung wie die fol- gende: Lohnsenkungen seien bei De- pressionen eine ebenso notwendige Voraussetzung für den Aufschwung wie die Senkung der Materialpreise oder der Zinsen. Denn wie bei den Materialien hänge die Höhe der Nach- frage von der Höhe des Preises ab.

Senke man also, wie den Preis der Kohle so den der menschlichen Arbeit, so könne man alle Arbeiter wieder an ihre Arbeitsstellen bringen. Dabei ist einiges übersehen. Wenn ich 10 Tonnen Kohle billiger kaufe, dann habe ich im allgemeinen 10 Tonnen Kohle von der gleichen Beschaffenheit wie wenn ich sie teurer gekauft hätte. Aber wenn ich die Arbeitskraft von 100 Menschen billiger kaufe, ist es dann schon sicher, daß diese verbilligte Arbeitskraft dieselbe ist, qualitativ und quantitativ? Ist nicht die menschliche Arbeitskraft ein sehr viel subtilerer, empfindlicherer Produktionsfaktor als Kohle und Eisen? Hat es sich nicht erwiesen, nicht einmal, sondern hundertmal, daß die Leistung der menschlichen Arbeit innerhalb ge- wisser Grenzen und insbesondere in der Nähe von kritischen Punkten sogar rascher wächst und sinkt, als die Bezahlung steigt und fällt. Ganz besonders, wenn die Bezahlung eine gewisse Grenze

*) Aus dem Sonderheft „Der Heimatdienst“ August 1930.

unterschreitet, so daß Lebenshaltung und damit Gemüts- und Geistesverfassung des Arbeitenden stark berührt werden, bringt die Lohnsenkung nicht eine Verbilligung, sondern eine Verteuerung der Produkte hervor. Gewiß gibt es auch hinsichtlich des Lohnniveaus beweiskräftige Argumente. Ein Lohnniveau kann volkswirtschaftlich übersteigert sein, so daß es die Weltwettbewerbsfähigkeit einer Produktion erschüttert und damit Arbeitslosigkeit herbeiführt. Denn neben der Lohnhöhe ist als volkswirtschaftlich mindestens gleichwertender Faktor das gesamte Lohnvolumen eines Wirtschaftsgebietes zu berücksichtigen. Wenn übersteigerte Löhne bewirken, daß die gesamte Lohnzahlung eines Gebietes empfindlich zurückgeht, dann ist ein kritisches Merkmal gegeben, die Lohnhöhe selber einer Prüfung zu unterziehen.

Aber um für den ganzen Bereich der vielfach verflochtenen Fragen über den Zusammenhang zwischen Lohn und Preis, mit Rücksicht auf die Überwindung der Krise, von einem objektiven Merkmal auszugehen, ist es zweckmäßig, die sozialwirtschaftliche Grundrelation zwischen Lohn und Leistung oder, was dasselbe ist, zwischen Lohn und Güterschaffung (Gütermenge pro Lohneneinheit, wobei in den Begriff des Gutes die Qualitätskomponente eingeschlossen sein muß) zum Ausgangspunkt zu nehmen. Alle Lohnzahlungen bestehen darin, daß der Arbeitende einen Teil des durch seine Arbeit geschaffenen Güterwertes selber erhält. Gelingt es, mit sinkender Aufwendung menschlicher Arbeitskraft ein größeres Volumen volkswirtschaftlich positiver Güter hervorzubringen und zu verteilen, dann ist im Grunde die Entwicklung in Ordnung und der Lohn, d. h. der Anteil an den durch Arbeitseinsatz geschaffenen Gütern, kann mitsteigen oder mit anderen Worten dessen Kaufkraft wachsen. Wie steht es nun damit in der Nachkriegsperiode? Durch alle Komplikationen läßt sich hier das Wesentliche als einfach erkennen. Es steht im Anfang dieses Aufsatzes: In großen Teilen der Agrarproduktion und der Grundindustrien ist die Leistung pro Arbeitsaufwand wesentlich gestiegen; wenn damit zugleich der Reallohn im gleichen Verhältnis oder sogar weniger stieg, so daß nicht weniger, sondern eher mehr Güterleistung auf den Arbeitseinsatz entfällt, so ist dagegen im ganzen nichts einzuwenden, Einwände können sich dann nur auf Einzelheiten beziehen.

Es ergibt sich aus dem Bild — und man kann es aus sehr vielen Einzelbeispielen weiter erhärten —, daß Produktion und Lohn gestiegen sind, daß aber keineswegs die Entlohnung des menschlichen Arbeitsaufwandes d. h. der Güteranteil der menschlichen Arbeitskraft gegenüber der gesteigerten Güterschöpfung sich erhöht hat.

Damit ist auch grundsätzlich widerlegt, daß etwa die jetzige große Arbeitslosigkeit ihre Ursache in den gesteigerten Löhnen hätte. Man verweist auf Frankreich, wo bei geringem Lohnniveau die Arbeits-

Die Aufblähung des Handels

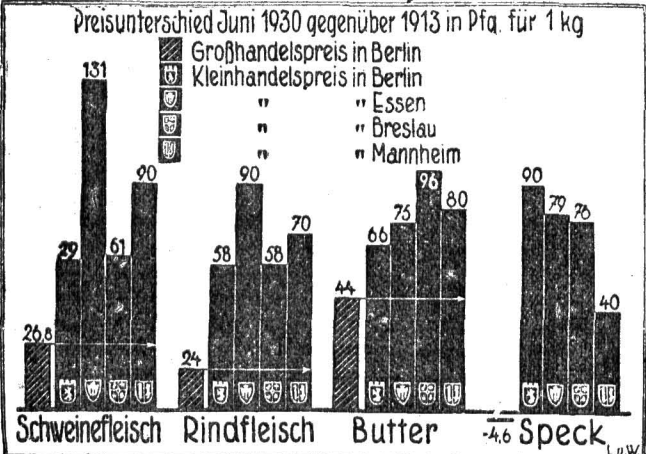


losigkeit gering ist. Aber man braucht nur von Frankreich nach Schweden zu gehen, wo bei einem stärker als bei uns gestiegenem Lohnniveau die Arbeitslosigkeit klein blieb. Hier liegt nicht die Ursache. — Die Ursache ist vielmehr, wie in früheren Artikeln ausführlich dargelegt, in der verschobenen Relation zwischen den Produktions- und dem Verteilungsapparat zu sehen. Diese Verschiebung besteht darin, daß der Produktionsapparat, über alle soziale und steuerliche Belastung durch Rationalisierung Herr werdend, seine Leistung bei gleichem menschlichen Arbeitseinsatz gesteigert hat (und seine Preise senkte), aber diese gesteigerte Leistung jetzt nicht los wird, infolgedessen einschrumpft und Arbeitskräfte entläßt. Er wird

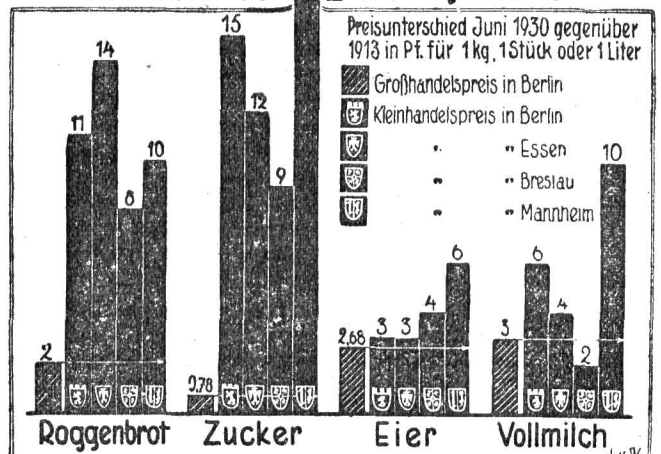
teils nicht, teils nur zögernd der Senkung der Grundpreise nachfolgen, weil im Verteilungsapparat an Stelle der Rationalisierung vielfach eine Aufblähung erfolgt ist, so daß dieser Apparat die Belastung durch Steuererhöhung und soziale Last nicht überwunden hat. Werden aber die an der Basis vermehrt und rationeller erzeugten Güter im Einzelpreis nicht billiger, so kann die Vermehrung nicht gekauft werden. Es gäbe theoretisch zwei Auswege: Einen völlig falschen, inflatorischen, indem man die Nominaleinkommen auf der ganzen Linie erhöhte. Dann würde bei gleichbleibendem Detailpreis zunächst mehr gekauft werden können. Das man das nicht kann, ist selbstverständlich. Dieses Mittel hat immer verjagt, auch deshalb, weil die verstärkte Kaufkraft in der Zwischenschicht stecken bleibt und damit erlischt. Das andere Mittel ist, zunächst die Nominaleinkommen als gegeben hinzunehmen und, solange sie noch bestehen, sie dadurch kaufkräftiger zu machen, daß die Einzelpreise gesenkt werden. Dieser letztere, allein mögliche Weg muß von einer ihres eignen Schicksals bewußten Volksgemeinschaft gegangen werden, und zwar so, daß alle Methoden zur Detailpreissenkung (Zinsverbilligung, Rationalisierung des Verteilungsapparates, Vereinfachung der Sitten, Abbau ungerechtfertigter Spannen — wie bei einer großen Zahl der Markenartikel —, Reduktion überfester Gebiete usw.) sofort in die Hand genommen werden und nur in einem gewissen Abstand und mit sehr großer Vorsicht das subtilste und gefährlichste Mittel der Lohnreduktion.

Ganz wird man an diesem Mittel nicht vorbei kommen. In einigen Gebieten ist bereits die Entwicklung so weit vorangeschritten, daß das Interesse, das Lohnvolumen wieder zu erhöhen, stärker ist als das Interesse, den Einzellohn auf der gegenwärtigen Höhe zu halten. In einigen Gebieten ist es auch so, daß die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, die ja oft an dem letzten Prozent der Kalkulation haftet, nicht anders mehr aufrechterhalten oder zurückgewonnen werden kann. Aber in der Mehrzahl der Fälle ist es so, daß

Die hohe Preisspanne



Die hohe Preisspanne



eine merkliche Preisenkung durch Rationalisierung und Angleichung zunächst ohne Lohnsenkungen möglich ist.

Dem Standpunkt der nationalen Wirtschaft ist es von entscheidender Bedeutung, den Rationalisierungsmaßnahmen, wozu auch die Korrektur ungerechtfertigter Preisbildungen (Kartelle, Markenartikel), Preisspannen und Preisbindungen im Verteilungsapparat und im Gebiet der gebundenen Grundstoffe zählen, den Vortritt vor Lohnsenkungsaktionen zu geben. Denn Preisenkung bei gegebenem Nominaleinkommen bedeutet Steigerung der realen Kaufkraft. Nach Erhöhung der realen Kaufkraft kann an Stellen, wo es notwendig ist, eine Nominalenkung Platz greifen, ohne die eben erwähnte Gefahr heraufzubeschwören, die darin besteht, daß eine Lohnsenkung häufig zur Leistungsenkung wird (und in diesem Falle keine Erleichterung der Produktion eintritt), wenn durch die Senkung die Lebensbedingungen des Arbeitnehmers stark beeinflusst werden. Aber auch vom Standpunkt der täglichen Verhandlungspolitik ist es leichter, auch menschlicher, so vorzugehen. Wenn man auf Grund gesunden statistischen Materials zeigen kann, daß der Reallohn innerhalb einer gewissen Spanne Zeit durch Preisenkung, sagen wir um 10 v. H. gestiegen ist, so werden die Widerstände in einem kritischen Gebiet die Nominallöhne maßvoll zu senken, sehr viel geringer sein, wie wenn man verlangt, daß der Arbeitnehmer bei den Senkungsmaßnahmen den Vortritt übernehme.

Wir haben im vorangegangenen der Lohnsenkung alle anderen Faktoren in einer Gruppe gegenübergestellt, die preisenkend wirken. (Insbesondere Beseitigung der Aufblähung, Zins- und Lastsenkung, Rationalisierung und Vereinfachung). Lohnsenkung würde ja in erster Linie auf die Grundproduktion zurückwirken, nicht in erster Linie auf den Verteilungsapparat. Aber die Grundproduktionen sind heute schon imstande, bei angenähert voller Ausnutzung und bei den gegebenen Löhnen, die Preise gegenüber der Vergangenheit zu senken, und haben das auch getan (ausgenommen die kartellmäßig gebundenen). Im Verteilungsapparat würde die Lohnsenkung bei weitem nicht so stark wirken wie in der Produktion. Stärker würde wirken, daß die überwiegende Zahl der in den Produktionen Beschäftigten nun zunächst weniger kaufen kann. Wir wollen an einem zweiten Bild einen, allerdings einen etwas summarischen Anhaltspunkt dafür gewinnen, daß der Verteilungsapparat an seiner eigenen Rationalisierung anpacken muß, und daß dies nicht etwa durch Lohnenkung ersetzt werden kann. Die Statistik der im Handel beschäftigten Personen weist auf, daß für die Verteilungsaufgabe des deutschen Innenmarktes (dessen Volumen gegen 1913/1914 nicht wesentlich größer geworden ist) 50 v. H. mehr Personen benutzt werden. Aber es gibt noch ein drastischeres Beispiel. Der Markenartikel nimmt einen immer größeren Raum in der Versorgungswirtschaft ein, nach den vorsichtigen Schätzungen des Konjunkturinstitutes heute schon 15 bis 20 v. H. Diese Entwicklung ist an und für sich auch zu begrüßen. Der Markenartikel hat nicht nur den Vorteil der Qualitäts-, Gewichts- und Sauberkeitsgarantie, sondern er hat noch einen weiteren, ganz großen Vorteil. Er ist am einfachsten und billigsten zu verteilen. Der Kaufmann braucht nicht auszupacken, abzuwiegen und einzupacken, er hat keine Reste und Abfälle. Er braucht nicht selbständig Qualitäten nachzuprüfen und zu reklamieren. Der Markenartikel ist einer der wesentlichsten Ansatzpunkte für die Verbilligung des Verteilungsapparates, aber augenblicklich ist — ganz abgesehen davon, daß auch hier nie der anormale und nicht nur vorübergehende Preisrückgang auf den Rohstoffmärkten kaum zur Auswirkung gekommen ist — die Preisspanne der Markenartikel vielfach die größte unter den Preisspannen. Obwohl er am wenigsten Verteilungsarbeit und -speisen benötigt, wird er in der Verteilung mehr verteuert als die Mehrzahl anderer Güter. So wird er geradezu der Mission entzogen, die er volkswirtschaftlich hat, ja er setzt sich in diesem Punkt in diametralen Gegensatz zu seiner volkswirtschaftlichen Mission. Es wird keinen Volkswirtschaftler in Deutschland geben, der diesen Zustand etwa für objektiv richtig halten und verteidigen möchte.

Die Zukunft des Markenartikels — dem wie gesagt eine große Mission zukommt — wird davon abhängen, ob die Vernunft der ihn tragenden Wirtschaftskreise ihn selbst so handhabt, wie das sozialwirtschaftliche Interesse es erfordert.

Unter den Mitteln zur Preisenkung — die zur Herbeiführung eines gesteigerten Umsatzvolumens notwendig ist — bedeutet Lohnabbau das volkswirtschaftlich zweischneidigste, und am schwersten und gefährlichsten zu handhabende. Dennoch wird man in einigen besonders bezeichneten Fällen nicht ganz von seiner Anwendung Abstand nehmen können. Aber generell haben die anderen Mittel den Vorrang. Der Nominal-Lohnabbau ist, soweit er aus angegebenen

Gründen unvermeidlich ist, erleichtert, wenn vorangegangene Konsumpreisenkung den Reallohn erhöht hat. — Die Tatsache, daß die am leichtesten und billigsten zu verteilenden Markenartikel, deren Bedeutung für den Haushalt aus an sich berechtigten Gründen wächst, in der Verteilung mit am meisten verteuert werden, ist nicht zu rechtfertigen und steht im Gegensatz zur volkswirtschaftlichen Mission des Markenartikels selbst.

Lohn- und Tarifbewegung.

Ablehnung des Schiedspruches für das deutsche Holzgewerbe.

Nach dem Wortlaut des Schiedspruches für das deutsche Holzgewerbe im Bereich des allgemeinen Mantelvertrags vom 22. August, hatten sich die Tarifparteien bis zum 5. 9. über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu erklären. Fristgerecht sind die Erklärungen der Tarifvertragsparteien eingegangen.

Die Arbeitnehmer haben, wie die Erklärungen der drei Holzarbeiterverbände besagen, den Schiedspruch angenommen.

Die Arbeitgeber aber haben dem Schiedspruch nicht zugestimmt, sondern denselben abgelehnt. Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes erklärt kurz und ohne weitere Begründung, im Auftrag der von ihm vertretenen Verbände, seine ablehnende Stellungnahme. Einzelne Arbeitgebergruppen aber haben ihrer Ablehnung noch eine länger Begründung beigelegt.

So heißt es in dem Schreiben des Verbandes Württembergischer Holzindustrieller: „Die ablehnende Stellungnahme wird, abgesehen von den Einwendungen, welche wir gegen die Zuständigkeit des Lohnamtes geltend gemacht haben, vor allem damit begründet, daß nach Auffassung unserer Verbandsorgane der materielle Inhalt des Schiedspruches in keiner Weise mit der Wirtschaftslage der Holzindustrie und speziell den auf eine allgemeine Preisenkung gerichteten Bestrebungen in Einklang zu bringen ist . . .“

Der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, Landesverband Schlesiens, sagt: „Dieses Lohnediktat ist von den sachungsmäßig berufenen Organen des Landesverbandes Schlesiens der Holzindustrie und des Holzgewerbes einmütig abgelehnt worden, weil es ganz abgesehen von der allgemein schwierigen wirtschaftlichen Lage des Holzgewerbes die allgemein anerkannte schwere Notlage des schlesischen Grenzgebietes gänzlich unberücksichtigt läßt . . .“

Der Verband der Tischler-Innungen Schlesiens beklagt sich, daß er nicht Tarifvertragspartei sei: „Dieser Schiedspruch ist uns, nämlich dem Verbands der Tischler-Innungen Schlesiens, nur unter der Hand bekanntgeworden, weil das zentrale Lohnamt auf dem Standpunkt steht, daß unser Verband nicht Tarifvertragspartei sei und daher bei der neuen Lohnfestsetzung nicht mitzureden habe . . . Wir erklären jedenfalls, daß wir den Schiedspruch ablehnen. Er steht im Widerspruch mit der von uns ausgegebenen Parole, daß nämlich die von der Regierung angeregte Lohnsenkungsaktion in der Weise in Schlesiens zur Durchführung gebracht werden solle, daß die Löhne vom 1. 10. 1928 als ordnungsmäßige Löhne zu betrachten seien. Dieser Parole haben die Tischlermeister in Schlesiens bis auf wenige Ausnahmen Folge geleistet . . . Der Herr Regierungspräsident in Breslau hat uns außerdem bei der Durchführung insoweit zugesagt, als er insbesondere in Strehlen den Landrat angewiesen hat, Leib und Leben der Arbeitswilligen zu schützen. Wir werden uns jedenfalls mit aller uns zu Gebote stehenden Macht gegen eine Vergewaltigung unseres Handwerkerstandes wehren . . .“

Die etwas geschwollene Art gewisser Arbeitgebergruppen, ihre ablehnende Stellungnahme zum Ausdruck zu bringen, braucht man nicht tragisch zu nehmen. Erster ist schon der letzte Fall der schlesischen Tischler-Innungsmeister, die sich bereits, wie sie selber angeben, der Hilfe des Herrn Regierungspräsidenten in Breslau und des Landrates in Strehlen vergewissert haben, um einen längst geplanten Lohnabbau zu bewerkstelligen. Dieser letztere Fall wird noch einer eingehenden Untersuchung bedürfen. Jedenfalls ist durch die Ablehnung des Schiedspruches seitens der Arbeitgeber das letzte Wort in der Angelegenheit noch nicht gesprochen und trotz des mehr oder weniger temperamentvollen Widerspruches gegen den Schiedspruch oder auch seiner möglichen Durchführung, haben wir die uns notwendig erscheinenden Maßnahmen zu treffen, die eine

befriedigende Erledigung des Streitfalles gewährleisten. Der vertragslose Zustand, in welchem wir uns seit Ablauf der Lohnvereinbarungen befinden, erfordert strengste Disziplin aller Mitglieder und erhöhte Aufmerksamkeit.

Der Suche der Unternehmer, die jetzige Gelegenheit zum Lohnabbau zu benutzen und alle darauf hinauslaufenden Bestrebungen sind sofort der Hauptgeschäftsstelle zu melden.

Kündigung des Lohnabkommens für das bayerische Sägewerke Lohnbezirk Ober-, Mittel- und Unterfranken.

Der Arbeitgeberverband bayerischer Sägewerke hat das bestehende Lohnabkommen für die Lohnbezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken unter dem 10. September 1929 gekündigt. Zur Begründung wird auf die „schauderhafte“ Konjunktur hingewiesen, die die weitere Durchführung des Lohntarifes unmöglich mache.

Wenn der Arbeitgeberverband bayerischer Sägewerke der Ansicht ist, daß jetzt der günstigste Zeitpunkt gekommen wäre, die Löhne der Sägearbeiter in den Frankenkreisen abzubauen, dann hat er sich sicher ein falsches Objekt ausgesucht. Es besteht jedenfalls Grund und Ursache, die Quelle der Wirtschaftsdepression an anderer Stelle zu suchen, denn an der schwierigen Lage in der Sägewirtschaft sind andere Faktoren als die außerordentlich niedrigen Löhne der Arbeiter schuld.

Rundschau.

Die Rechtsstellung der Gewerkschaften in Japan. Nach dem augenblicklich geltenden Recht regelt sich die rechtliche Stellung der Gewerkschaften in Japan nach den Vorschriften des Artikels 29 der Verfassung von 1889, in der das Koalitionsrecht „im Rahmen der Gesetzgebung“ formal gewährleistet ist. Kein japanisches Gesetz verbietet die Gewerkschaftsbewegung oder schränkt deren Bewegungsfreiheit ein. Es gibt jedoch auch kein Gesetz, das den Gewerkschaften die gesetzliche Anerkennung bringt. Tatsächlich haben sich in Japan zahlreiche Gewerkschaften gebildet, die vom sozialen, wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus einen wachsenden Einfluß ausüben. Da diese Gewerkschaften jedoch keine andere rechtliche Anerkennung haben, als die allgemeine Bestimmung des Artikels 29 der Verfassung, haben sich die Beteiligten verschiedentlich, u. a. auch auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf darüber beschwert, daß die natürliche Entwicklung ihrer Organisationen behindert wird.

Im Verlauf der letzten zehn Jahre stand die Frage der Gewerkschaftsbewegung im Vordergrund des politischen Lebens in Japan und von verschiedenen Regierungen haben sich zu wiederholten Malen bemüht, eine Gesetzgebung herbeizuführen. Vor etwa 5 Jahren hat das Sozialamt einen Gesetzentwurf aufgestellt, der die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften vorsieht und ihre Rechte und Satzungen umschreibt. Dieser Gesetzentwurf wurde damals als „äußerst radikal“ bezeichnet und war sofort Gegenstand heftigster Kritiken der wichtigsten Arbeitgeberorganisationen. Er wurde einem Regierungsausschuß unterbreitet, der eine Reihe von Änderungen vornahm, die nach Auffassung der Arbeitnehmer dem Gesetzentwurf seinen ganzen Wert nahmen. Der abgeänderte Gesetzentwurf wurde Anfang 1926 der Kammer vorgelegt. Bevor diese ihn jedoch beraten konnte, ging die Legislaturperiode zu Ende. Die im Jahre 1929 vom Vorsitzenden des japanischen Gewerkschaftsbundes Suzuki und dem Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei Katayama vorgelegten Entwürfe erlitten das gleiche Schicksal. Als Mitte vorigen Jahres die neue Regierung ans Ruder kam, wurde die Frage eines Gewerkschaftsgesetzes dem sozialpolitischen Untersuchungsausschuß überwiesen. Dieser Ausschuß nahm den alten Entwurf des Sozialamts wieder auf und stimmte ihm zu. Aber im Mai d. Js. erklärte der Innenminister, daß es unmöglich sei, während der kurzen außerordentlichen Sitzungsperiode 1929/30 den Gesetzentwurf zu beraten. Er teilte mit, die Regierung beabsichtige, ihn dem Parlament im Verlaufe seiner nächsten Tagung zu unterbreiten. So beruht die japanische Gewerkschaftsbewegung nach wie vor lediglich auf der allgemein gehaltenen Verfassungsbestimmung. Die Bestrebungen der japanischen Gewerkschaften um ihre rechtliche Anerkennung sind jedoch von Bedeutung für alle, die den Grundgedanken des Koalitionsrechtes zu allen gesetzlichen Zwecken, wie er im Teil 13 des Friedensvertrages vorgesehen ist, verwirklicht sehen wollen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 38. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 14.—20. September 1930 fällig.

Teilzahlungen an die Hauptkasse sind regelmäßig zu leisten. Die Zahlstellenkassierer müssen den Beitragseinzug und die Geschäftsabwicklung so einrichten, daß möglichst wenig Bargeld am Orte verbleibt. Bei peinlich genauer Anwendung der ergangenen Anweisungen schützen Kassierer und Vertrauensleute sich und den Verband vor Verlusten. Darum: Teilzahlungen!

Berichte aus den Zahlstellen.

Augsburg. Mit Stolz können wir zurückblicken auf unser 25-jähriges Verbandsjubiläum der Zahlstelle Augsburg, verbunden mit dem 10-jährigen Bestehen unserer Bürstenmacherektion. Gleichzeitig hatte unsere Jugendgruppe eine Ausstellung der Kursarbeiten veranstaltet, die Freund wie Gegner Achtung abtrotzen mußte. Auch ein Bezirksjugendtreffen wurde mit der Feier verbunden, zu dem unsere Jungmannen in ansehnlicher Zahl aufmarschiert waren.

Den Festabend beherrschte vom Anfange an eine feierliche Stimmung, der Besuch war außerordentlich stark, das Programm auserlesen und mustergültig durchgeführt. Der 1. Vorsitzende, Kollege Graf, gab nach der Begrüßung einen kurzen Überblick über die 25-jährige Verbandsarbeit am Platze. Anschließend an diese Ausführungen wurde das Jugendstürmlied mit Begeisterung gesungen. Kollege Schick aus Köln, stürmisch begrüßt von den Jungmannen als Reichsjugendleiter, hielt die Festansprache, die von Herzen kam und bei jung und alt wieder zu Herzen ging. Gleichzeitig übernahm er die Ehrung der Jubilare und händigte als äußeres Zeichen der Anerkennung für 25-jährige Mitgliedschaft den Kollegen Erhard, Reiser und Hämmerle, die silberne Ehrennadel mit Urkunde aus. Hämmerle bekleidet zugleich volle 10 Jahre das verantwortungsvolle Amt eines Vertrauensmannes. Zur Ehrung unserer Jubilare stimmten unsere Jungmannen den Jugendtreuschwur an, der mächtig durch den großen Festsaal erscholl. Unser Bezirksleiter, Kollege Kronthaler überreichte verschiedenen Kollegen die silberne bzw. die goldene Werbenadel und würdigte das schöne Zusammenarbeiten der Kollegen, wodurch es möglich war, von Vierteljahr zu Vierteljahr unsere Mitgliederzahl vorwärts zu bringen, was in einer wirtschaftlich schlechten Zeit wie heute als ganz besondere Leistung betrachtet und anerkannt werden darf.

Der Männerchor der katholischen Arbeitervereine brachte eine angenehme Abwechslung durch sehr gut vorgetragene Chöre. Die Musik unserer Jugendgruppe gab dem Ganzen eine stimmungsvolle Umrahmung. Auf den Abschluß der 25-jährigen Verbandsarbeit in Augsburg können wir alle mit Stolz zurückblicken, hat uns doch diese Veranstaltung mehr und besser gezeigt als viele Worte, daß trotz der ersten und schweren Zeit noch ungebrochener Lebenswille in unserer Bewegung vorhanden ist und ein unaufhaltsamer Drang nach vorwärts in unseren Mitgliedern steckt.

Wochen sind unterdessen ins Land gezogen, für das zweite Vierteljahrhundert ist die Verbands- und Werbearbeit bereits eingeleitet. Den Auftakt dazu gab eine kürzlich von der Ortsverwaltung unserer Zahlstelle einberufene und glänzend besuchte Vertrauensmännerversammlung. Unser Bezirksleiter gab in einem kurzen Vortrag die Richtlinien über die zu erfüllende Aufgabe in den nächsten Wochen und Monaten, welche zusammenschließend in der Hauptsache folgende sind:

Glaube und Vertrauen zum Verband, der allein nur in der Lage ist, das seit Jahrzehnten für die Arbeiterschaft Er kämpfte auch über die heutige Zeit hinüberzureiten, Ausbau der Sektionen innerhalb der Zahlstelle, weitere Stärkung der Jugendgruppe durch Werbearbeit der Jungmannen selbst. Kollege Kronthaler wies nochmals, wie schon früher einmal, darauf hin, daß sich jeder Kollege innerhalb unseres Verbandes, einerlei, ob jung oder alt, als Führer betrachten muß, auf dem als christlich organisiertem Holzarbeiter eine weit größere Verantwortung ruht, als schlechthin angenommen wird. Zum Schluß dankte er allen Mitgliedern für ihre treue Mitarbeit, verbunden mit der Bitte, auch im zweiten Vierteljahr-

Fahrzeugindustrie, Wagen- und Waggonbau, Berufs- und fachkundliche Nachrichten

Aus der Waggonindustrie.

Die deutsche Waggonindustrie war in der Vorkriegszeit eine der bestfundierten. In der Jetztzeit wollen die Klagen nicht verstummen über schlechte Beschäftigungslage, somit teilweisen Leerlauf der Betriebe und geringe Gewinnmöglichkeiten. Von Interessenten wird immer wieder in der Öffentlichkeit betont, daß die Waggonindustrie zu den Industriezweigen gehöre, die unter ganz besonders erschwerenden Umständen arbeite. Als Begründung wird angeführt, daß die Deutsche Reichsbahn infolge ihrer Monopolstellung im deutschen Reichsgebiet, der wichtigste, ja zum Teil nur der einzige Abnehmer von Erzeugnissen der Waggonindustrie ist, und diese deshalb von der Deutschen Reichsbahn abhängt. Da es heute noch an einem, auf lange Sicht aufgestellten Beschäftigungsplane mangelt, sind die Klagen zum Teil berechtigt. Es ist hier fast wie auch in anderen Industrien, die vorwiegend von der öffentlichen Hand leben: die Aufträge werden rückweise und verspätet erteilt, es entstehen Zeiten schwacher und unsicherer Beschäftigungslage, und diese Unsicherheit ist es, die eine Rentabilität herabmindert.

Nach dem Bericht der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft vom Jahre 1924 wurden 1913 von den deutschen Staatsbahnen 245 Millionen Goldmark aus dem außerordentlichen Haushalt für Fahrzeugbeschaffung ausgegeben. In dieser Summe sind die Beträge für die Beschaffung von Lokomotiven mitenthalten, so daß kein genauer Anhaltspunkt gegeben ist, wie hoch der Betrag ist, der für Neuananschaffung an Eisenbahnwagen ausgegeben wurde. Es wird angenommen, daß durch die Aufträge der Staatsbahnen die damals bestehenden 40 Waggonbauanstalten 75—80 Prozent ihres Arbeitsbedarfs deckten und der Rest durch freie Aufträge an Straßenbahnen und Privatbahnen hereingeholt wurde. Man schätzt die Leistungsfähigkeit der deutschen Waggonindustrie in der damaligen Zeit auf rund 300 Millionen Goldmark. Die in der Waggonindustrie angelegten Gelder wurden gut verjinst, denn Dividenden von 10 bis 20 Prozent waren keine Seltenheit, und noch im Jahre 1917 schütteten die Linke-Hofmann-Werke eine Dividende von 24 Prozent aus. Wie weit die lohnenden Vorkriegsverhältnisse mitbestimmend waren, daß nach Kriegsende die Zahl der Waggonfabriken erheblich vermehrt wurden, ist schwer zu sagen. Die Suche nach neuen Produktionsmöglichkeiten bei der vollständig veränderten Wirtschaftsstruktur im deutschen Reich — Ausfall der Rüstungsindustrie, Schaffung neuer Industrien in anderen Ländern — dürfte den wesentlichen Ausschlag dafür gegeben haben, daß man einige Jahre nach Kriegsende in Deutschland rund 100 Waggonbauanstalten zählte. Der große Verschleiß in den Vorkriegsjahren, sowie der Ausfall der 150 000 Waggons, die an die Siegerstaaten abgegeben werden mußten, veranlaßte die Reichsbahn zu erheblichen Neuananschaffungen und gab der Industrie Beschäftigungsmöglichkeit, ja, veranlaßte zum Teil den Ausbau der schon vor dem Kriege bestehenden Werke und steigerte die Leistungsfähigkeit der Waggonindustrie auf schätzungsweise 800 Millionen Goldmark. Daß bei Eintritt der Festwährung und bei der Kapitalknappheit in Deutschland eine Krise bei der übersehten Industrie eintreten mußte, ist leicht erklärlich. Die Zahl der Waggonfabriken dürfte heute wieder auf den Vorkriegsstand gesunken sein, allerdings infolge vergrößerter Betriebe und der vorgenommenen Rationalisierungsmaßnahmen mit einer wesentlich gesteigerten Leistungsfähigkeit.

Wenn nun hervorgehoben wird, daß die Waggonindustrie unter ganz erschwerenden Momenten arbeitet, so muß doch auch hervorgehoben werden, daß sie gegenüber anderen Industrien wesentliche Vorteile hat. Während andere Industrien sich den Markt immer neu erobern müssen, hat die Waggonindustrie allein durch den Bedarf der Reichsbahn an neuen Waggons bestimmte Absatzmöglichkeiten. Trotz des heute verstärkten Wettbewerbs, den der Kraftwagenverkehr und andere Verkehrsmittel wie Binnenschiffahrt usw. der Eisenbahn machen, ist doch mit einem dauernden Bedarf der Eisenbahn zu rechnen, der sich richtet nach dem natürlichen Verschleiß des rollenden Materials, dann aber auch nach den Zunahmen der Verkehrsleistungen. Daß auch in Zukunft mit einer weiteren, wenn auch verlangsamten Steigerung des Verkehrs zu rechnen ist, zeigen die Wagenstellungen der Reichsbahn in den zurückliegenden Jahren.

	1925	1926	1927	1928	1929
Wagongestellungen insgesamt	37 841 221	39 746 045	45 682 153	45 974 988	46 311 510
arbeitstäglich	124 070	129 889	149 288	150 345	151 841

Der Waggonbauindustrie gereicht zudem zum Vorteil, daß sie keine ausländischen Wettbewerber hat. Die Reichsbahn vergibt ihre Aufträge nur im Inland, und das dürfte auch in der Preisgestaltung sich nicht ungünstig auswirken. Berücksichtigt man die gesamten Verhältnisse, dann dürften die Klagen, daß die Waggonindustrie unter ganz besonders ungünstigen Umständen arbeite, gemessen an den Verhältnissen anderer Industrien, nicht zutreffen.

Reichsbahnaufträge. Die Deutsche Reichsbahn hat mit dem Reich ein Abkommen getroffen, nachdem sie zur Behebung der Wirtschaft und zur Linderung der Arbeitslosigkeit neue Bestellungen und Arbeiten bis zur Höhe von 350 Millionen Reichsmark über das aus der betrieblichen Finanzlage sich ergebende Ausmaß, im Einklang mit den dafür beschaffenden Mitteln, in Auftrag geben wird. Zur Finanzierung dieser Aufträge beabsichtigt die Reichsbahn zunächst 150 Millionen Reichsmark Schatzanweisungen zu begeben. Entsprechend den allgemeinen Bestrebungen der Regierung wird sie ihre Aufträge nur zu Preisen vergeben, die hinter den zur Zeit bestehenden Preisen erheblich zurückbleiben.

Für das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn stehen die Gelder zur Verfügung, die aus den Schatzanweisungen aufkommen. Darüber hinaus beabsichtigt die Reichsbahn schon jetzt im Vorgriff auf die Mittel im Jahre 1931 erhebliche Aufträge, die erfolgen sollen, wenn die Vorverhandlungen abgeschlossen sind und insbesondere über die von der Regierung geforderte Preisermäßigung mit den Lieferfirmen Übereinstimmung besteht. Zunächst sollen für Oberbaumaterial die jetzt laufenden Lieferungen, die zuletzt auf monatlich 20 000 Tonnen gesenkt worden waren, auf 50 000 Tonnen erhöht werden. Für Neubeschaffung von Oberbaustoffen sind 80 Millionen Reichsmark vorgesehen. Für die Durchführung des Gleisumbaus, soweit dies 1930 noch möglich ist, werden 20 Millionen Reichsmark aufgewendet werden. Weiterhin soll für 80 Millionen Reichsmark Fahrzeugbestellungen für das erste Halbjahr 1931 schon jetzt herausgegeben werden. Außerdem sollen für 10 Millionen Reichsmark Brückenbauten und Sicherungsanlagen im Werte von 2 Millionen Reichsmark noch in diesem Jahre bestellt werden. Für Neubauten ist ein Aufwand von etwa 50 Millionen Reichsmark vorgesehen. Zur Auffüllung der Werkstättenlager und Förderung der Sonderarbeiten an den Fahrzeugen sollen 30 Millionen Reichsmark verwendet werden.

Insgesamt wird so die Reichsbahn durch Aufträge in Höhe von etwa 272 Millionen Reichsmark die Wirtschaft befruchten, wodurch schätzungsweise ein Mehr von 180 000 Menschen während der letzten Monate des Jahres 1930 beschäftigt werden wird. Die Finanzierung eines weitergehenden Arbeitsprogramms hängt von der Marktlage ab. Auch wird abzuwarten sein, ob Mittel oder langfristige Kredite aufgenommen werden können.

Türkische Aufträge für Henschel. Ein Konsortium, bestehend in der Hauptsache aus den Firmen Friedrich Krupp, Vereinigte Stahlwerke, Gutehoffnungshütte, Henschel & Sohn und Otto Wolf, hat mit der türkischen Regierung ein Geschäft auf Lieferung von Eisenbaubohrermaterial, Brückenkonstruktionen sowie Lokomotiven und Waggons im Werte von rund 50 Millionen Reichsmark abgeschlossen.

Waggonfabrik Talbot A.-G. Aachen. Wie wir hören, ist es dem Unternehmen gelungen, in der letzten Zeit eine Reihe von großen Auslandsaufträgen hereinzunehmen, so daß die Gesamtbeschäftigung des Werkes zur Zeit sehr gut ist. Der Absatz im Inland stockt dagegen vollkommen. Die starke Zurückhaltung der Reichsbahn in der Auftragserteilung und die fast völlige Unmöglichkeit, seitens der Kommunen Aufträge an Straßenbahn-Fahrzeugen zu erhalten, bewirken ein völliges Daniederliegen des Inlandsgeschäftes. Trotzdem war es möglich die Arbeiterzahl noch um ein geringes zu steigern.

Einigung zwischen Ost- und Westwaggon. Die seit langem schwebenden und in ihren Grundzügen bereits bekannten Einigungsverhandlungen zwischen Linke-Hofmann-Busch, und den Der-

einigten Westdeutschen Waggonfabriken, haben nun zu einer endgültigen Einigung zwischen den beiden Gruppen geführt. Die Basis der Abmachung besteht laut Blättermeldung darin, daß Linke-Hofmann-Busch nunmehr ihr Werk Herbrand stilllegen, und die Produktion dieses Werkes auf die Anlagen von Westwaggon in Köln-Deutz übertragen, während umgekehrt Westwaggon das Werk Weyer in Düsseldorf stilllegen wird, dessen Erzeugung auf die Gebr. Schöndorff A.-G. übergeht.

Weiter erhält die Ostdeutsche Waggonindustrie die 1 Million betragenden Minorität der Gebr. Schöndorff A.-G. von Westwaggon und außerdem einen bestimmten Barbetrag, und zwar im Umtausch gegen die 95 v. H. betragende Majorität der Waggonfabrik Fuchs, Heidelberg, die aus der Hand der Linke-Hofmann-Busch-Gruppe nun an die Vereinigten westdeutschen Waggonfabriken übergeht. Die beiden Werke Herbrand und Weyer sollen noch in diesem Jahre stillgelegt werden. In Düsseldorf wird künftig die Gebr. Schöndorff A.-G. die Aufträge für Weyer und Schöndorff gemeinsam erledigen, während umgekehrt in Köln-Deutz nunmehr auch die Arbeiten des Werkes Herbrand ausgeführt werden.

Die nunmehr überwiegend zu Linke-Hofmann-Busch gehörende Schöndorff A.-G. solle nach außen hin als selbständiges Unternehmen bestehen bleiben. Ebenso wird auch die ausschließlich Westwaggon gehörende Waggonfabrik Fuchs in der Form einer selbständigen A.-G. vorerst weiter arbeiten. Die hannoversche Waggonfabrik, deren Krupp-Majorität nunmehr bei der Danat bzw. bei der Gruppe Linke-Hofmann-Busch liegt, ist entgegen früheren, von anderer Seite aufgestellten Vermutungen, in diese Transaktion zwischen Ost- und Westwaggon in keiner Weise eingegliedert worden.

Die Linke-Hofmann-Busch-Werke sind beauftragt worden, auf Reparationskonto Waggonen im Werte von 1,7 Millionen Reichsmark für die Bahnen in Tunis, sowie im freien Geschäft Waggonen im Werte von etwa 2 Millionen Reichsmark für die französische Staatseisenbahnverwaltung zu liefern.

Die Automobilherzeugung der Welt belief sich laut einer Berechnung des amerikanischen Handelsministeriums im Jahre 1929 auf 6 295 352 Personen- und Lastkraftwagen gegen 5 203 139 im Vorjahre. Sie ist somit um 1 092 213 Wagen, d. h. um 21 Prozent gestiegen. Auf die Vereinigten Staaten und Kanada entfielen im letzten Jahre 89 Prozent der Weltproduktion, d. h. ein Prozent mehr als im Jahre 1928.

Auslandsaufträge. Die nationale Automobilgesellschaft A.-G., Berlin-Oberschöneweide, hat in den letzten Wochen Aufträge aus Dänemark auf 50 Omnibus-Chassis erhalten, nachdem kurze Zeit vorher Bestellung auf die gleiche Anzahl hereingebracht werden konnte. Auch aus Holland liefen in den letzten Wochen umfangreiche

Aufträge sowohl auf Lastwagen-Chassis als auch auf Omnibusse ein. Einen Aufschwung nimmt auch das Geschäft nach den asiatischen Ländern; so sind z. B. vor kurzem insgesamt 30 Schwer- und Leichtlastwagen mit Spezialaufbau nach der Mongolei zur Ablieferung gelangt. Desgleichen hat die Ausfuhr des N. A. G.-Lastwagens nach Süd-Amerika angezogen, so daß das Werk, welches zur Zeit in diesen Typen auch im Inlandbedarf gut beschäftigt ist, voll arbeitet. Die Personenwagenausfuhr leidet unter den hohen Einfuhrzöllen.

Was leisten deutsche Arbeiter bei guter Bezahlung?

In einer Schilderung des Berliner Ford-Betriebes in der Börzenzeitung ist zu lesen, daß Ford eine rein deutsche Erzeugung noch nicht aufgenommen hat. Das Material der in den Berliner Montagewerkstätten hergestellten Wagen stammt nur zu 48 Prozent des Wertes aus Deutschland. In Berlin wird in allen Ford-Betrieben nur an 5 Tagen in der Woche gearbeitet. Die Lohnhöhe bewegt sich zwischen 18 und 22 Reichsmark für den Tag. Offenbar ist es Ford durch diesen, für Deutschland hohen Lohn gelungen, besonders tüchtige Arbeitskräfte heranzuziehen, denn die Durchschnittsleistung der Berliner Montagetriebe übersteigt sogar die amerikanischen Mutterbetriebe um 6 Prozent. Täglich werden 50 bis 60 Wagen in Berlin montiert. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Steigerung um 50 Prozent zu verzeichnen. Auf Lager ist bis jetzt in Berlin noch nicht gearbeitet worden.

Anfang 1931 sollen die in Köln am Rhein begonnenen Neubauten vollendet werden und wird die Herstellung von Ford'schen Automobilen eine bedeutende Ausdehnung erfahren. Die dort zu bauenden Wagen sollen ganz aus deutschem Material hergestellt werden. Man gedenkt dort täglich rund 150 Wagen zu bauen und zwar 110 Personenwagen und 40 Lastkraftwagen. Die Mitteilung, daß Ford einen neuen 6-Zylinder mit Vorderradantrieb herausbringen werde, soll nicht den Tatsachen entsprechen.

Die Frage der Stilllegung des Kölner Werkes von Linke-Hofmann-Busch noch nicht geklärt.

Das der Linke-Hofmann-Busch A.-G. gehörende Werk in Köln (früher Herbrand) ist zur Zeit durchaus befriedigend beschäftigt. Außer einigen Reichsbahn- und sonstigen Inland-Aufträgen hat das Werk noch eine Reihe von Auslandsbestellungen in Auftrag, die einen Gesamtbetrag von mehreren Millionen Reichsmark ausmachen. Für die augenblickliche Belegschaft gewährleistet dieser Auftragsbestand eine Beschäftigung bis Anfang nächsten Jahres. Wann unter diesen Umständen die im Zusammenhang mit der Einigung zwischen Ost- und Westwaggon beschlossene Stilllegung des früheren Herbrand-Werkes verwirklicht wird, steht noch nicht fest.

(Fortsetzung von Seite 301)

hundert wieder in alter Treue und Liebe zusammen zu arbeiten. Der 1. Kassierer, Kollege Mayer, sprach den Vertrauensleuten und den Mitgliedern Dank und Anerkennung aus für die Zusammenarbeit in der Beitragsfrage. Vorsitzender Kollege Graf sprach ebenfalls im Namen der Vorstandschaft den Mitgliedern den Dank für ihre treue Mitarbeit in der Vergangenheit aus mit der Aufforderung, auch in der Zukunft die alten zu bleiben.

In der weiteren Aussprache zeigte sich der einmütige Wille, mit ganzer Kraft auch für die Zukunft in der Verbandsarbeit sich zur Verfügung zu stellen. Kollege Bleis ging vom staatspolitischen Gesichtspunkte aus auf die politischen Wirren unserer Zeit ein und geißelte mit scharfen Worten die Hege der freien Gewerkschaften deren Wahlpropaganda für die sozialistische Partei, die jeden anständigen Arbeiter anekeln muß. Zumal, wenn man weiß, was diese Herrschaften immer vor einer politischen Wahl versprechen und wie wenig nach der Wahl davon gehalten und eingelöst wird. Demgegenüber stellte er fest, daß wir als christliche Gewerkschaftler es nicht notwendig gehabt haben, durch solch unsaubere Macho Agitation zu treiben oder gar das Vertrauen der Mitglieder wiederzugewinnen. Wir hatten es auch seit mehr als 50 Jahren christlicher Gewerkschaftsarbeit nicht notwendig, unser Programm zu ändern. Auch für die Zukunft werden wir auf demselben Wege wie in der Vergangenheit, unsere Bewegung weiter ausbauen und bestimmt auch vorwärtsbringen können. Gibt uns doch unsere Weltanschauung, auf der unsere Bewegung aufgebaut ist, die sicherste Gewähr dafür. Die Einmütigkeit, die Kollege Graf in dieser Vertrauensmännerversammlung feststellte, trotz der sturmbewegten Zeit, in der sie abgehalten wurde, ist wohl der beste Beweis dafür, daß auch in der Zukunft wieder

erfolgreiche Arbeit für unsere Mitglieder geleistet werden kann und auch wird.

Das erste Vierteljahrhundert Verbandsarbeit in unserer Zahlstelle ist abgeschlossen, das neue hat durch diese imposante Vertrauensmännerversammlung einen würdigen Anfang genommen. Zeigen wir uns auch in der Zukunft als Männer der Tat in unserem Wollen als christliche Gewerkschaftler. Wir nutzen mit dieser unserer Arbeit in guten wie in schlechten Zeiten am besten unseren Mitgliedern, der Bewegung und dem Volksganzen.

Lindau i. Bodensee. Am 18. August hatten wir in unserer Zahlstelle eine sehr gut besuchte Versammlung, zu der auch unser Bezirksleiter aus Augsburg erschienen war. Denselben hieß Kollege Kollmuß besonders willkommen und erteilte ihm, nach Bekanntgabe der Tagesordnung und einigen geschäftlichen Mitteilungen, das Wort. Kollege Kronthal er fand anerkennende Worte für den guten Besuch und stellte mit Genugtuung fest, daß der christliche Gewerkschaftsgedanke auch in Lindau immer tiefere Wurzeln schlage. Die Schicksalsverbundenheit in unserer Bewegung sei den Kollegen schon Herzenssache geworden. Diese Einstellung der Kollegen ist das beste Beispiel für die Jugend, deren Gruppe in den letzten Monaten ebenfalls gute Fortschritte gemacht hat. Frisch-frohes Leben sei bei den Jungmännern vorhanden.

Kedner gab dann ein Bild über die Entwicklung unserer Bewegung, deren Ziele und Aufgaben. In der Aussprache war man sich darüber einig, daß es in wirtschaftlich schlechten Zeiten doppelt notwendig ist, sich gewerkschaftlich zu betätigen. Wie würde es heute aussehen bei den noch in Arbeit stehenden Kollegen, auf Grund des Millionenheeres von Arbeitslosen, wenn wir keine Tarifverträge, Lohnab-

kommen usw. hätten. Obwohl die Kollegen auch in Lindau von der Arbeitslosigkeit nicht verschont geblieben sind, ist ein guter Gewerkschaftsgeist vorhanden, der für weitere Erfolge das beste Unterpfand ist.

Im Interesse eines einheitlichen Zusammenarbeitens innerhalb der Jugend wurde die Wahl eines Jugendführers vorgeschlagen, und zwar der Kollege Weiner, welcher auch einstimmig gewählt wurde. Dieser dankte für das Vertrauen, und machte zugleich den Dolmetscher für die Jugend, indem er versprach, daß die Jungmänner in Lindau den älteren Kollegen in der Werbearbeit nicht nachstehen und sich der großen Aufgaben, welche die Jugend zu erfüllen hat, nicht entziehen will, weil sie sich als zukünftige Träger unseres Verbandes und somit auch als Wegbereiter einer besseren Zukunft unserer lieben bayerischen Heimat und des großen deutschen Vaterlandes fühlt.

Nach Festsetzung der Quartalsversammlung, welche am Samstag, den 11. Oktober im Vereinshaus abgehalten werden soll und zu der unser Bezirksleiter nach Möglichkeit sein Erscheinen zugesagt hat, wurden zum Abschluß dieser erfolgversprechenden Versammlung noch einige Jugendlieder gesungen.

RM. 1.— Kannst du verdienen,

wenn Du uns den Titel des demnächst in unserem Verlag erscheinenden Buches namhaft machen kannst, aus dem die nachfolgenden Zeilen entnommen sind.

... Sehen wir von einem Knochenfunde ab, den 1894 ein Arzt auf der hinterpindischen Insel Java (bei Trinil) machte und der sehr umstritten ist, so glaubt man, den ältesten Menschenrest eine Wegstunde südlich von Heidelberg gefunden zu haben. In einer Kiesgrube, 24 Meter unter der Erdoberfläche, förderte man 1907 einen Unterkiefer zutage. Dieser Unterkiefer lag in einer Erdhohle, die noch mannigfache andere Reste enthielt: Reste aus einer Zeit, in der es in Deutschland noch den Bison, den Elefanten, das Aufrufpferd, das Rhinoceros und den Wölen gab.

Dieser Kiefer, so sagten die Gelehrten, stammt aller Wahrscheinlichkeit aus der vorletzten Zwischenzeit. Was ist das nun: Eiszeit und Zwischenzeit? ...

... Das Volk seufzte unter dieser schrecklichen Plage. Das Aachen er Kaiserjoch ging in Flammen auf, und in der Münzwerkstätte standen die Pferde der Wälinger. 884 waren sie in Duisburg, der alten Römerstadt, die auch unter den Merowingerkönigen eine gewisse Rolle gespielt hatte. 884 waren sie in Westfalen, aber hier stießen sie auf Gegenwehr — ein Bischof von Würzburg besiegte sie, auf der Verfolgung wurden sie arg mitgenommen, Duisburg wurde zurückerobert, freilich nur noch ein rauchender Trümmerhaufen. ...

... Daß aber das Urchristentum eine Bewegung nur der unteren Volksschichten gewesen sei, eine proletarische Angelegenheit, wie Sozialisten gerne sagen, stimmt nicht. Paulus, Bartholomäus, Barnabas gehörten keineswegs den unteren Volksschichten an. Auch in den Gemeinden der Großstädte sahen wir immer Reiche und Arme, Vornehme und Niedere beisammen; einer rein proletarischen Bewegung hätte sich wohl kaum ein Prokonsul (etwa Regierungspräsident) Sergius Paulus auf Cypern angeschlossen, sicherlich auch kein foratibischer Stadtkämmerer wie Crastus, kein ateniensis Richter wie Dionysus und nicht hohe römische Beamte. In den ersten Jahrzehnten fand das Christentum überdies schon Eingang an dem Hofe der römischen Cäsaen und Zunehmung bei dem höchsten Adel. ...

... Solcherart war die verwandtschaftliche Verknüpfung des römischen Kaiseriums, und der Leser ersieht schon aus dieser kurzen Schilderung, welche Gelegenheit zu Intrigen sich bot, besonders dem weiblichen Teile der Verwandtschaft. Die Rolle der Frau in der Politik und damit in der Weltgeschichte ist immer außerordentlich gewesen, aber leider (oder glücklicherweise?) wissen wir es zumeist nicht. Im römischen Kaiserium jedoch tritt es offen zutage. Die Tochter des Augustus, Julia, machte ihrem Gatten, Liberius, so viel Kummer, daß er, der spätere Kaiser, aus Rom floh und zetteltens ein menschenfurcher Sonderling blieb. Die ältere Agrippina wühlte gegen denselben Liberius mit großem Erfolge, und der Kaiser wurde der meistgehaßte Mann im Römischen Reiche; sie mußte sich dann freilich das Leben nehmen. Ihre Tochter Agrippina schmutzelte ihren Sohn Nero auf Rom's Kaiserthron, was ihr übrigens auch das Leben kostete: Nero ließ seine Mutter morden, wie sie Claudius vergiftet hatte. ...

... Damals erreichten die Germanen den Rhein und stießen die Kelten zurück; viele Stämme aber gerieten auf diese Weise in Bewegung. ...

... Das etwa ist der historische Kern der zahlreichen und farbenprächtigen Buddhalegenden. Buddhas ursprüngliche Lehre ist eine Veredlung des Brahmanismus mit pessimistischem Grundton. Ein Gottesbegriff fehlt dem Buddhismus. Leben sei Leid, sagt Buddha, und: da Leben aus Begierde bestehe, müsse man sich von der Begierde abheben. Ganz würde das aber erst im endgültigen Tode gelingen, im Nirvana, dem Zustande des Gänzlich-Erlöschen-Seins. ...

... 355 waren Germanen ins römische Frankreich gelangt; 357 aber hatten sie durch Julian, den Apostat, eine furchtbare Niederlage bei Straßburg erfahren. Seitdem blieben die Westgermanen im großen und ganzen auf ihren Kläfen und legten so den Grund zum späteren deutschen Volke, im Gegenatz zu den Ostgermanen, die aus Südrusland und den Donauländern gewalttätige Eindringen ins Römische Reich vornahmen: Alarich an der Spitze der Goten nach Italien und Frankreich; die Vandalen nach Spanien (Andalusien heißt nach ihnen); die Burgunder nach Frankreich (Burgund) und Nordafrika, wo sie Sipps belagerten, in dem während ihrer Belagerung der heilige Augustinus starb. ...

... Sellen denkt man wohl beim Rennen des Monats August daran, daß jenem Römer zu Ehren dieser Monat so heißt, ebenso wie zu Ehren des Julius Caesar der Juli. Caesar und Augustus nahmen nämlich Verändern des Kalenders vor, die in Gebrauch blieben, bis Papst Gregor XIII. 1582 auf Grund der Berechnungen des Italieners Lilio den Gregorianischen Kalender schuf. ...

... Die chinesische Zivilisation besaß schon damals Dinge, die das Abendland erst 1000 Jahre später erlangte. Allerdings fortschrittliche Erzeugnisse verschiedener Qualität: nicht nur Papier (seit etwa 100), sondern auch in Krisenzeiten Papiergeld-Inflation. Die Kunst des Buchdrucks ward seit 700 geübt. Man konnte Eisen gießen und Gußeisen in kleinen Hochofen herstellen. ...

... Aristoteles, der im Athener Lykeum gelehrt hatte und Hauslehrer Alexanders d. Gr. gewesen war, war zwar 322 gestorben; er hinterließ — freilich nur in den Kollegheften seiner Schüler — eine Philosophie, auf die noch immer unsere Gedanken über Metaphysik, Ethik und Logik zurückgehen. ...

... Kaufende Feste! Jeder, der in Rom gewesen, kennt den kolossalen Zirkus aus Stein, das Kolosseum, mit seinen 50 Meter hohen, freispringenden Umfassungsmauern, dessen Grundriß den des Kölner Domes weit übertrifft. Es ist etwa um die Zeit der Zerstörung Jerusalems gebaut worden (vollendet 80). Hier feierten die Kaiser ihre Volkstage, und der Pöbel, zu dem alle römischen Stände gehörten, berauchte sich an den unerhört grausamen Tier- und Menschenbehen. Unter Hadrian, der als ein milder Kaiser galt, sind hier an einem Tage 200 Löwen getötet worden; im Jahre 248 kämpften bei einer Vorstellung 2000 Gladiatoren, 32 Elefanten, 70 Wölen, 30 Leoparden und 10 Tiger miteinander. ...

... Christus ist nicht im Jahre 0 geboren; denn spätere Geschichtsschreiber haben sich betreffs der genauen Datierung geirrt, da sie die Regierungszeit des römischen Kaiserlings Herodes (40—4) falsch ansetzten. In Wirklichkeit ist Christi Geburt vier Jahre vor unserer Zeitrechnung; der Kreuzestod dann um das Jahr 30. Nach Herodes' Tode wurde der jüdische Landesteil mit Jerusalem römische Provinz und unmittelbar durch römische Beamte verwalte — er galt nicht mit Unrecht als unruhiges und aufrührerisches Gebiet. Pontius Pilatus war ein solcher Beamter Roms, dessen Amtszeit von 27—37 währte. ...

... Nichts half ihnen; ein unerbittlicher Frieden selbst war nur eine Galgenfrist; denn eine mächtige Partei in Rom verlangte Karthagos endgültigen Untergang. Der Parteiführer Cato, ein pharisäischer Tugendprediger von höchst zweifelhaftem Charakter, trug täglich im römischen Oberhaus, dem Senat, sein: „Ceterum censeo, Carthaginiem esse delendam.“ (Im übrigen erkläre ich mich für die Vernichtung Karthagos), und 146 v. Chr. verbrannte der römische General Scipio siebzehn Tage lang die reiche Stadt, welche ein halbes Jahrtausend jene Küsten beherrscht hatte. ...

Bedingungen: Das Buch muß zusammen mit Deiner Mitteilung innerhalb 30 Tagen nach Erscheinen dieser Anzeige bestellt werden. Der obige Betrag wird bei der Lieferung von dem ohnehin schon niedrigen Mitgliederpreis von etwa RM 6.— abgezogen. Der Einzelpreis für Nichtmitglieder ist etwa RM 10.—.

Christlicher Gewerkschaftsverlag Berlin-Wilmersdorf.

Anzeigenpreis für die viergesp. Mittelzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Reaktionsfrist ist Samstag-Mittag. Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldeinlagen nur: Reichsbankkonto 718 Köln.

Die Fachschrift
die jeder strebsame Tischler haben muß

Handwerkskunst im Holzgewerbe

Bezugspreis: 2 M. vierteljährlich

Estell. bei Postanstalten oder direkt

VERLAG-KÖLN · VENLOERWALL 9

Sprechmaschinen-Laufwerke

Hausuhrwerke

in allen Preislagen.

Robert Husberg - Neuenrade

Mark 26

I.W. No. 9

z. Selbst- la. Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummienteilagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, ta. Aluminium-Schalldose nur Versand p. Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall, Katalog gratis und franko vor

Ich stelle noch einige

perfekte Fertiggolierer

1 Maschinenpolierer u.

1 perfekter Spritzer ein

Bernhard Bartels

Spezialfabrik für kaukasisch-Nußbaum-Spelszimmer Langenberg i. Westf., Kr. Wiedenbrück